

UNGERECHTE STRASSEN- AUSBAUBEITRÄGE ABSCHAFFEN!

Straße saniert, Existenz ruiniert – damit muss Schluss sein

Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer werden zur Kasse gebeten, wenn in unseren Städten und Gemeinden Straßen ausgebessert oder saniert werden. Denn: Das Kommunalabgabengesetz zwingt unsere Kommunen, eine finanzielle Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner zu verlangen – in Bremen und eben auch in Nordrhein-Westfalen.

Straßenausbaubeiträge können jede und jeden treffen. Auch junge Familien oder Rentnerinnen und Rentner. Menschen, die sich das Einfamilienhaus als Investition in die Zukunft geleistet haben. Menschen, die ein Leben lang hart gearbeitet haben, um im Alter abgesichert zu sein. Für manche bedeuten sie den finanziellen Ruin.

Wir sind der Meinung: Straßenausbaubeiträge sind ungerecht. Und stehen damit Seite an Seite mit fast einer halben Million Unterzeichnender der erfolgreichsten Volksinitiative NRWs.

Besonders in weniger dicht besiedelten Regionen, wo sich weniger Grundstücksbesitzerinnen und -besitzer die Kosten teilen können, landen oftmals Bescheide in fünfstelliger Höhe in den Briefkästen der Betroffenen.

Das Beitragssystem ist nicht reformierbar, denn:

- Die Organisation und Durchführung der Maßnahmen vereinnahmen mindestens die Hälfte der eingetriebenen Beträge. Das ist bürokratischer Irrsinn.
- Die Reform der Landesregierung ist schlecht gemacht und hilft nicht weiter. Es ist ein noch komplizierteres System entstanden, dessen Kosten die bisherigen sogar übersteigen.

Wir müssen die ungerechten Beiträge daher ersatzlos abschaffen! Unser Ansatz: die daraus entstehenden Einnahmeausfälle der Kommunen aus dem Landeshaushalt auszugleichen.

**#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.**

Deshalb bringen wir jetzt erneut eine Initiative zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in NRW zur Abstimmung in den Landtag ein. Bereits im vergangenen Jahr haben die regierungstragenden Fraktionen von CDU und FDP die erfolgreichste Volksinitiative der Landesgeschichte zum Thema abgelehnt. Doch der Handlungsdruck ist geblieben.

Denn die Landesregierung möchte Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Lage weiterhin mit immensen Kosten beteiligen. Die Abschaffung der Beiträge – in anderen Bundesländern längst umgesetzt und berechtigtes Anliegen hunderttausender Betroffener – bezeichnet die CDU-Fraktion als „Freibier für alle“.

**Wir jedoch geben im Kampf
für die Bürgerinnen und Bürger in NRW
nicht klein bei!**

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.